19. August 2014

PRESSEAUSSENDUNG PLATTFORM 25

**Mogelpackung LEVO-Novelle: Statt mehr Inklusion gibt es weniger Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung!**

*Neue Leistungs- und Entgeltverordnung bringt weitere Einschnitte für Menschen mit Behinderung*

Gestern endete die Frist zur Begutachtung des Entwurfs für eine neue Leistungs- und Entgeltverordnung (LEVO) zum Steiermärkischen Behindertengesetz. Die "bestmögliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt" soll laut den Erläuterungen zur Novelle mit der neuen LEVO erreicht werden - gleichzeitig werden aber weitere erfolgreiche Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und für Menschen mit psychischen Erkrankungen gestrichen, nachdem schon das Anfang Juli beschlossene neue Behindertengesetz das Aus für so bewährte Maßnahmen wie den Lohnkostenzuschuss und die integrative Lehrlingsausbildung gebracht hat. Zudem werden die Personalschlüssel in den verbliebenen Maßnahmen zur Integration in die Arbeitswelt abermals drastisch gekürzt, obwohl die Beschäftigten in diesem Bereich schon seit den letzten Kürzungen aus dem Jahr 2011 am Limit arbeiten.

**"Wie mehr Inklusion und bessere Qualität mit Streichungen von bewährten Maßnahmen und Kürzungen beim Personal erreicht werden sollen, ist mir völlig schleierhaft,"** kritisiert Plattform-25-Sprecher Gerhard Zückert, der selbst seit 10 Jahren in einem Projekt zur Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung arbeitet. Und Zückert weiter: **"Hier wird der untaugliche Versuch unternommen, weitere drastische Einschnitte für Menschen mit Behinderungen durch schöne Schlagworte zu behübschen."** In der Realität ist die neue LEVO nicht nur kein geeignetes Mittel gegen die bestehende Diskriminierung von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt, sondern wird die Situation ganz im Gegenteil noch weiter verschärfen. Von einer Erfüllung der Anforderungen der vom Grundgedanken der Antidiskriminierung getragenen UN-Behindertenrechtskonvention bleibt die Steiermark damit weit entfernt, obwohl diese 2008 von Österreich ratifiziert wurde und seither geltendes Recht ist. Plattform-25-Sprecher Zückert richtet daher einen dringenden Appell an die Landesregierung: **"Dieser Entwurf darf so nicht beschlossen werden!"**

*Rückfragen bitte an Gerhard Zückert (0699/14032666).*